

19. Oktober 2011, 08:36, NZZ Online

«Die Zukunft bleibt fossil»

Interview mit einem Vertreter der Erdöl-Branche zum Klimawandel



Rauchender Autoauspuff: Ginge es nach der Erdöl-Lobby und den Autofahrern würde er das Strassenbild noch über Jahrzehnte prägen. (Bild: Imago)

Der Klimawandel gehört nicht zu den drängendsten Problemen von Rolf Hartl, Präsident der Erdöl-Vereinigung. Er rechnet mit zunehmenden CO2-Emissionen. Von einer Reduktion der fossilen Energie um 70 Prozent bis 2050, wie dies der Wirtschaftsverband Swis cleantech fordert, hält er wenig.

Interview: Marco Metzler

NZZ Online: Herr Hartl, der Präsident des Wirtschaftsverbandes Swis cleantech, Nick Beglinger, hat in Zusammenarbeit mit Bertrand Piccard eine Energie-Charta lanciert, die postuliert, dass man den Verbrauch fossiler Energien in der Schweiz bis 2050 um 70 Prozent reduzieren kann. Im [Interview mit NZZ Online](#) hielt er diese Reduktion für durchaus machbar. Fühlen Sie sich als Vertreter der Erdöl-Branche von solchen Initiativen bedroht?

Rolf Hartl: Es geht nicht um eine Bedrohung, sondern um eine realistische Einschätzung der Lage. Heute decken die drei fossilen Energieträger – Erdöl, Erdgas und Kohle – etwa 88 Prozent des globalen Primärenergiemixes ab. Aus der bisherigen Erfahrung weiss man, dass es etwa zehn Jahre braucht, bis ein Energieträger 1 Prozent Marktanteil hinzugewinnen kann. Weil die Weltbevölkerung und der Wohlstand in den nächsten Jahren weiter zunehmen dürften, wird auch die Nachfrage nach kostengünstiger Energie weiter steigen. Deshalb ist es nicht realistisch, zu meinen, dass der Anteil der fossilen Energieträger bis 2050 weltweit auf 30 Prozent fallen wird.



«Die nötigen Ressourcen sind bei allen Energieträgern vorhanden»

Rolf Hartl ist Präsident der Erdöl-Vereinigung und vertritt die Interessen der Branche. (Bild: PD)

Sie argumentieren mit der bisherigen Erfahrung. Aber die Entwicklung der Vergangenheit sollte man nicht einfach so in die Zukunft fortschreiben . . .

Das ist richtig. Es sind sich ja alle einig, dass die neuen erneuerbaren Energien, die politisch in aller Leute Munde sind, im künftigen Energiemix eine viel stärkere Stellung als heute einnehmen müssen. Denn der künftige weltweite

Energiebedarf könnte sich bis 2030 nach Schätzungen der Internationalen Energieagentur (IEA) und der Erdölunternehmen um 50 Prozent erhöhen. Diese zusätzliche Last können die bisherigen drei fossilen Energieträger alleine nicht tragen. Deshalb müssen die neuen erneuerbaren Energien künftig einen wichtigen Platz einnehmen. Das Thema ist deshalb nicht der Ausstieg aus bestehenden Energien sondern die Erschliessung neuer zusätzlicher Energiequellen.

Aber der Vorrat an Erdöl ist endlich. Je nach Szenarien wird er früher oder später sowieso zur Neige gehen. Ist das Festhalten am Status Quo nicht ein Augenverschliessen vor dem langfristigen Problem?

Die nötigen Ressourcen sind bei allen Energieträgern vorhanden. Beim Erdöl geht die IEA davon aus, dass der weltweite Verbrauch von heute 88 Mio. Fass pro Tag (1 Fass = 159 Liter) bis 2030 auf etwa 105 Mio. Fass pro Tag steigen wird. Dabei werden die grössten Zuwachsraten bei Gas und Kohle erwartet, da sie international gesehen die gefragtesten Rohstoffe für die Elektrifizierung sind. Es geht nicht darum, ein Plädoyer für Erdöl zu halten, sondern aufzuzeigen, dass wir in nächster Zeit alle Energieträger brauchen werden.

Wäre es möglich, dass in der Schweiz die Ziele von Swis cleantech erreichbar sind, wenn man dafür Wohlstandseinbussen in Kauf nehmen würde?

Massive Wohlstandseinbussen werden realpolitisch wohl kaum durchsetzbar sein. Der Königsweg in der Energiepolitik ist es, die Energieeffizienz bei allen Energieträgern und auf allen Stufen von Produktion bis zum Konsum zu verbessern. Ich kann mir aber nicht vorstellen, dass die Leute in der Schweiz für einen Umbau des Energiesystems bereit sind, schmerzhaft Abstriche in ihrem «Way of life» in Kauf zu nehmen.

«Die schockierende Nachricht ist, dass man die Klimaziele wohl nach hinten wird schieben müssen»

Ist für Sie denn der Klimawandel kein Thema?

Man muss akzeptieren, was die Klima-Wissenschaft sagt. Aber: Nach all den bisherigen Szenarien ist damit zu rechnen, dass der Verbrauch fossiler Energieträger in den nächsten Jahren und Jahrzehnten noch weiter steigen wird. Die ambitionierten Klimaziele, die davon ausgehen, dass die weltweiten CO₂-Emissionen bis 2020 – also schon in acht Jahren – weltweit wieder sinken werden, sind eine Illusion. Alle Zeichen deuten darauf hin, dass der Verbrauch von Gas, Kohle und Erdöl bis 2020 bzw. 2050 aufgrund der wachsenden Weltbevölkerung und des zunehmenden Wohlstands in absoluten Zahlen weiter steigen wird – und damit die CO₂-Emissionen.

Heute verbraucht ein Schweizer pro Tag etwa 6 Kilogramm Erdöläquivalent in Form von Energie. Ein Inder oder ein Chinese steht bei 1 bis 1,5 Kilogramm. Wenn man sich diesen Wohlstandsnachholbedarf vor Augen führt, bekommt man ein Gefühl, was da auf die Energieversorgung der Welt noch zukommt.

Haben Sie kein schlechtes Gewissen, wenn Sie mit ihrer Lobby-Arbeit den Klimawandel weiter befeuern?

Wir sind Energieversorger. Es ist der Konsument, der durch sein kurz- und langfristiges Verhalten die Energieversorgung steuert. Wenn der Konsument weniger Erdölprodukte verlangt, haben wir uns darauf einzustellen, und wenn er mehr verlangt, dann haben wir zu liefern. Man muss aber auch hervorstreichen, dass die Erdöl- und Gasfirmen weltweit zu den grössten Investoren im Bereich der erneuerbaren Energie zählen. Wir haben keine metaphysische Verbindung zum Erdöl.

Sie gehen davon aus, dass der Verbrauch und die Preise der fossilen Energien steigen werden. Wie würden Sie denn das Klimaproblem lösen, das damit einhergeht? Der Klimawandel wird laut Wissenschaft grosse Schäden verursachen.

Ich will den Klimawandel nicht negieren. Es ist völlig klar, dass man in 100 oder 200 Jahren anders unterwegs sein wird als heute. Aber die Idee, dass ab dem Jahr 2020 die weltweiten CO₂-Emissionen aus Gas, Kohle und Erdöl sinken könnten, ist unrealistisch.

Es zeigt sich im Vorfeld zur nächsten Klimakonferenz, dass es praktisch unmöglich sein wird, ein neues verbindliches Abkommen zu schliessen, weil die Interessen der einzelnen Staaten in Sachen Wirtschaft und Wohlstand zu unterschiedlich sind. Hinzu kommt, dass sich die grossen neuen Emittenten wie China, Indien oder Russland im Bezug auf ihre Emissionen nicht einbinden lassen wollen. Man wird die Ziele wohl nach hinten schieben müssen. Das ist die schockierende Nachricht.

Wahrscheinlich wird man weniger auf die Karte der Emissionsreduktion sondern eher stärker auf Anpassungen an die Folgen des Klimawandels setzen. Es wird eine Nord-Süd-Diskussion geben: Die Frage wird sein, ob wir im wohlhabenden, industrialisierten Norden bereit sind, unseren Beitrag an die im Zuge des Klimawandels nötig werdenden Anpassungen auf der Südhalbkugel zu leisten. Das wird die grosse klimapolitische Frage auf internationaler Ebene sein.

«Die Internalisierung der externen Kosten stösst letztlich an realpolitische Grenzen»

Ungelöst ist auch weiterhin die Frage der externen Kosten der fossilen Brennstoffe. Es fallen Kosten an, die sich nicht im Preis spiegeln. Die Verursacher bezahlen weder für die künftigen Schäden der Klimaerwärmung noch kommen sie für gesundheitliche Schäden der Bevölkerung durch Schadstoffe oder Lärm auf. Sind Sie gegen eine Internalisierung der Kosten und eine stärkere Berücksichtigung des Verursacherprinzips?

Gegen eine Internalisierung der externen Kosten kann man dann nichts sagen, wenn alle Energieträger gleich behandelt werden. Es müssten auch Uran oder Wasserkraft erfasst werden, was politisch einer herkulischen Aufgabe gleicht.

Wenn aber eine Internalisierung nur deshalb stattfindet, um einen Schönheitswettbewerb unter den verschiedenen Energieträgern zu veranstalten, dann sehen wir das sehr kritisch. Übrigens: Im Rahmen der Beratungen über das CO₂-Gesetz im Parlament wurden Anträge von Links-Grün, die eine CO₂-Abgabe auf Treibstoffen zum Ziel hatten, von derselben Seite wieder zurückgezogen. Die Begründung war, dass man den Verkehrsverbänden keinen Grund geben wolle, das Referendum zu ergreifen. Die Internalisierung der externen Kosten führt letztlich immer zu einer Verteuerung der Energie und stösst deshalb, wie das Schicksal der CO₂-Abgabe auf Treibstoffen gezeigt hat, an realpolitische Grenzen.

Sind ohne die Internalisierung der Kosten fossile Brennstoffe für Heizung und Transport insgesamt nicht zu günstig? Führt dies im Schweizer Markt angesichts der langen Investitionszyklen im Energiebereich nicht zu Verzerrungen, wirtschaftlichen Fehlallokationen und Fehlinvestitionen?

In Zeiten von Erdölpreisen von konstant über 100 Dollar – vor 10 Jahren waren es noch 10 bis 20 Dollar – ist die angebliche Marktverzerrung wegen eines zu tiefen Erdölpreises zu relativieren. Mit den heutigen Preisen haben neue erneuerbare Energien einen teilweise erheblichen Startbonus. Eindeutig ist dies bei der Windkraft der Fall – weniger bei der Photovoltaik. Alle – oder zumindest fast alle – sind deshalb glücklich mit einem hohen Erdölpreis – auch die Promotoren alternativer Energien.

«Autos fahren in der Schweiz sicher noch die nächsten 100 Jahre mit flüssigen Treibstoffen»

Zwei Drittel des Erdöls wird in der Schweiz in der Form von Treibstoffen verbraucht. Fühlen sich die von ihnen vertretenen Unternehmen durch Elektro-Autos bedroht?

Elektro-Autos werden – das zeigen Studien aus Deutschland – in den nächsten 10 bis 20 Jahren den Durchbruch am Markt nicht schaffen. Für die Mobilität zu Lande, zu Wasser und in der Luft ist abzusehen, dass erdölbasierte Treibstoffe noch über mehrere Jahrzehnte dominieren werden. Bei der Zusammensetzung der flüssigen Treibstoffe werden aber vermehrt Bio-Elemente oder verflüssigtes Erdgas beigemischt werden. Die Zukunft der Mobilität bleibt jedenfalls auf sehr, sehr lange Zeit hin fossil.

Wie lange werden in der Schweiz Autos noch mit Benzin betrieben werden?

Mit flüssigen Treibstoffen sicher noch die nächsten 100 Jahre. Das Problem in Energiefragen ist, dass man sich an Langfristprognosen ergötzt. Es werden Projektionen gemacht, obwohl wir nicht einmal den Verlauf der nächsten fünf Jahre beeinflussen oder abschätzen können. Für Politiker ist das ein unglaublich schönes Tummelfeld: Die 2000-Watt-Gesellschaft beispielsweise soll bis 2050 umgesetzt werden. Wer heute dem Volk sagt, dass es dafür eintreten soll, kann am Ende nicht daran gemessen werden, weil wir dann nicht mehr da sind. Das ist das Schöne an langfristigen Zielen.

Wenn es in 100 Jahren keine fossilen Energien mehr geben wird, heisst das doch, dass ein Ausstieg machbar ist. Daraus folgt, dass eine deutliche Reduktion des Verbrauchs von fossilen Energien auch schon bis 2050 machbar ist, wenn der politische Wille dafür vorhanden wäre . . .

Genau. Aber es ist alles eine Frage des Preises, der Technik und der Convenience, die der Konsument verlangt.

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG

Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von NZZ Online ist nicht gestattet.

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:

http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/die_zukunft_bleibt_fossil_1.13041651.html